



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Faulenstraße 14-18 28195 Bremen

Björn Fecker

Senator für Finanzen

Rudolf-Hilferding-Platz 1

28195 Bremen

Auskunft erteilt

Kai Mües

Zimmer 4.15

Tel. (0421) 361 32895

Fax (0421) 496 2215

E-Mail

gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen

Ihres Schreibens

Unser Zeichen

(bitte bei Antwort angeben)

9-05 Mü/sch

Bremen, 9. Januar 2025



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2025

Sehr geehrter Herr Fecker,

vielen Dank für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2025.

Gute Ausbildung ist in Zeiten des Fachkräftemangels besonders wichtig, um die Leistungsfähigkeit des bremischen öffentlichen Dienstes langfristig zu sichern. Vor dem Hintergrund, dass auch in den kommenden Jahren geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand gehen werden, begrüßt der Gesamtpersonalrat ausdrücklich die weiterhin hohe Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze.

Das gilt gleichermaßen für die bedarfsbezogene Ausbildung für die allgemeine Verwaltung, wie auch für die nicht bedarfsbezogenen, vielfach aber doch für die Bedarfsdeckung wichtigen Plätze für Berufsausbildungen nach dem BBiG. Mit Erstaunen nimmt der Gesamtpersonalrat zur Kenntnis, dass für diesen Einstellungsjahrgang von den Ressorts nur ein Bedarf für 45 Verwaltungsfachangestellte gemeldet wurde. Dies ist nach unserer Auffassung nicht ausreichend, um langfristig den Personalbedarf zu decken.

Wir begrüßen die Einstellung von insgesamt 225 Polizeikommissar-Anwärter:innen, einschließlich von 25 Polizeikommissar-Anwärter:innen, die in Niedersachsen ausgebildet werden sollen. Ohne die Unterstützung von Niedersachsen könnte das Land Bremen diese Anzahl nicht erreichen. So wird die Zahl von Ausbildungsplätzen aus den Vorjahren zwar wieder erfüllt, aber die Ausbildungszahlen im Bereich der Polizei konnten in der nahen Vergangenheit nicht erreicht werden, da es nicht ausreichend geeignete Bewerber:innen gab. Hinzukommt, dass jedes Jahr immer wieder viele Polizeikommissar-Anwärter:innen die Polizei während der Ausbildung/des Studiums wieder verlassen oder das Ausbildungsziel nicht erreichen.

Dienstgebäude
Faulenstraße 14 - 18
3. und 4. Etage
28195 Bremen
Internet: www.gpr.bremen.de

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Radio Bremen/VHS
Am Brill

Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

Seite 1 von 3

 nach telefonischer Absprache

Vor dem Hintergrund steigender Kriminalität, unter anderem Gewaltkriminalität, und wachsender Aufgabenfelder im Bereich der Polizei, müssen diese Einstellungszahlen für die folgenden Jahre nachhaltig ermöglicht werden. Der Dienstherr hat eine Fürsorgepflicht. Deshalb muss eine so prekäre personelle Situation - wie in den mehr als zwei Jahrzehnten zuvor - unbedingt vermieden werden.

Wir begrüßen ebenso, dass im Bereich der Feuerwehr, zusätzlich zur Fortschreibung des bisherigen Ausbildungsumfangs, weitere Plätze für die Ausbildung von Werksfeuerwehrleuten angeboten werden sollen.

30 Steueranwärter:innen und 63 Finanzanwärter:innen reichen bei weitem nicht, um kurz- oder mittelfristig die Folgen einer jahrelangen verfehlten Personalpolitik in der Steuerverwaltung auszugleichen. Die Einstellung von insgesamt 93 Anwärter:innen wird dennoch ausdrücklich begrüßt, da sie eine Verstärkung der Ausbildung in der Steuerverwaltung darstellt und perspektivisch den Grundstein für einen Personalaufwuchs legt, ohne die Ausbildungsressourcen zu überfordern.

Wir unterstützen besonders, dass das Einstiegsqualifizierungsprogramm auf hohem Niveau fortgeschrieben wird. Es ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, Ausbildungsplätze für diejenigen bereitzustellen, die es besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Zugleich leistet dieses Programm auch einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Nachwuchskräften.

Auch die geplanten hohen Ausbildungszahlen werden es in einigen Bereichen bestenfalls mittel- bis langfristig ermöglichen, die Personalbedarfe zu decken. Der Gesamtpersonalrat erkennt an, dass eine weitere Erhöhung der Ausbildungszahlen kaum möglich ist, da dies die ohnehin knappen personellen Ressourcen noch stärker beanspruchen würde. Dieser aktuelle Zielkonflikt ist Folge des unverhältnismäßig hohen Personalabbaus bis 2010, der sich in noch schärferer Form in der Altersstruktur des bremischen öffentlichen Dienstes widerspiegelt. Daraus können wir für die fernere Zukunft lernen: Auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen ist eine kontinuierliche Ausbildung und Nachwuchsgewinnung so wichtig, dass sie nicht kurzfristigen Personalabbauprogrammen untergeordnet werden darf.

Bei allem Lob für die Bemühungen Bremens um qualitativ und quantitativ gute Ausbildung darf nicht übersehen werden, dass deren Erfolg durch problematische Entscheidungen an anderer Stelle gefährdet wird. An erster Stelle ist dabei der Wiedereinstieg in quotale Personalkürzungen zu nennen. Damit verbunden ist die Aussicht, dass die in den meisten Dienststellen schon heute bestehende Belastungssituation sich weiter verschärfen wird. Wir befürchten vor diesem Hintergrund, dass junge Kolleg:innen verstärkt zu anderen öffentlichen Arbeitgebern abwandern, wenn sie dort bessere Arbeitsbedingungen oder auch eine bessere Bezahlung erwarten.

Mit großer Sicherheit wird auch die Absicht der Senatorin für Kinder und Bildung, zukünftig Personen ohne jede pädagogische Qualifikation als Betreuungspersonal in Kitas einzusetzen, Bremen bei der Gewinnung und Bindung pädagogischer Fachkräfte Schaden zufügen. Das zeugt von einer unfassbaren Geringschätzung der Arbeit der Kolleg:innen in den Kitas. Zudem verlangt dieses Modell den verbleibenden Erzieher:innen eine permanente Höchstleistung ab. Das ist ungesund und wird auch die engagiertesten Kolleg:innen zweifeln lassen, ob die Freie Hansestadt Bremen für sie die richtige Arbeitgeberin ist.

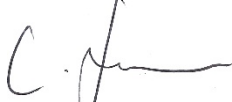
Demgegenüber würde der Gesamtpersonalrat sehr gerne den Senat darin unterstützen, mit geeigneten Maßnahmen die Attraktivität Bremens als Arbeitgeberin zu erhöhen. Insbesondere wünschen wir uns, dass die Arbeitsgruppe zu attraktiver Ausbildung, unter Beteiligung der

Ausbildungspersonalräte und der Jugend- und Auszubildendenvertretung des Gesamtpersonalrats, ihre Arbeit fortsetzt und zu umsetzbaren Ergebnissen kommt.

Abschließend danken wir allen Kolleg:innen, die in den ausbildenden Dienststellen und Bereichen, beim Aus- und Fortbildungszentrum und beim Senator für Finanzen eine tolle, engagierte Arbeit für eine gute Ausbildung leisten - als Ausbilder:innen und Anleiter:innen, als Ausbildungsbeauftragte und Lehrer:innen, bei der Zuständigen Stelle und in der übergreifenden Planung von Ausbildung - herzlich für die konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Lars Hartwig
Vorsitzender